

LESERBRIEFE

«In Süds Spanien gibt es vorbildliche Betriebe»

Leserbrief zum Artikel «El Ejido: Sklaverei im 21. Jahrhundert» vom 24.9.2008 im «Schweizer Bauer».

Die Situation auf vielen Gemüsebetrieben von El Ejido in Süds Spanien hat mit der illegalen Immigration v. a. aus Afrika und dem damit verbundenen stetigen Zufluss billiger Arbeitskräfte zu tun. Viele der Immigranten werden oft gar nicht offiziell angestellt, sondern arbeiten während einiger Tage im Monat auf den Betrieben. Nicht zu vergleichen ist dies mit den Bedingungen der regulär eingestellten Arbeitenden, obwohl Überstunden oder nicht bezahlte Mindestlöhne auch dort vorkommen können.

Tatsache ist auch, dass der intensive Anbau von Gemüse und Beeren in vielen Betrieben die Umwelt belastet. Allerdings gibt es in Süds Spanien durchaus auch vorbildliche Betriebe, darunter auch solche, die nach den Richtlinien des biologischen Anbaus und den IP-Richtlinien arbeiten.

Der Artikel vom 24. September weckt den Eindruck, dass der Handel seit Jahren diese Situation ausnützt und gleichzeitig die schlechten Bedingungen der Arbeitenden sowie die Schädigung der Umwelt tatenlos hinnimmt.

Coop ist bereits seit einigen Jahren vor Ort in Süds Spanien tätig. Coop verlangt von allen



Coop lasse in Almería, Süds Spanien, nach GlobalGAP-Standards produzieren. (Bild: zvg)

ihren Lieferanten von Früchten und Gemüse eine Zertifizierung nach GlobalGAP. Das gilt auch für die Produktionsbetriebe in Almería. GlobalGAP steht für gute Agrarpraxis, zu der auch das Kapitel «Gesundheit und Sicherheit für Arbeitnehmer» gehört. Darin werden saubere und menschenwürdige Wohn- und Essräume gefordert, der Schutz vor Pestiziden (Einhaltung der Wartezeiten, Tragen von Schutzkleidern) oder die Schulung im Umgang mit gefährlichen Stoffen. Darüber hinaus hat Coop zusammen mit der deutschen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit GTZ und GlobalGAP ein Zusatzmodul im sozialen Bereich, das Grasp (GlobalGAP Risk Assessment for Social Practice) erarbeitet und in vier Kontinen-

ten auf verschiedenen Pilotbetrieben getestet. Grasp regelt Punkte wie korrekte schriftliche Arbeitsverträge, Arbeitszeiten und Sozialleistungen. Der Schlüssel für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in Süds Spanien liegt aus Sicht von Coop darin, dass Importeure oder Detailhändler zusammen mit den eigenen Lieferanten konsequent an der Umsetzung arbeiten.

Es braucht aber auch den Dialog mit NGOs, Gewerkschaften, Handelsverbänden und Behörden vor Ort, damit nicht an den Problemen vorbeigesehen, sondern diese gemeinsam angegangen werden. Wichtig ist zudem die Schulung der Landwirte, der Abpackbetriebe und Genossenschaften. Nur wenn alle Stufen sich um nötige

Verbesserungen bemühen, zeichnet sich Erfolg ab. Coop ist nicht allein: Eine Reihe von weiteren europäischen Detailhändlern hat sich 2008 den Anstrengungen von GlobalGAP angeschlossen und startet im Herbst mit der Umsetzung des freiwilligen Grasp-Moduls bei ihren Lieferanten. Weitere Regionen werden folgen.

André Radlinsky
Qualität/Nachhaltigkeit
Coop

Lebensstandard und Hochpreisinsel

Das Gerede über die Hochpreisinsel Schweiz wird wohl nie aufhören. Offenbar gehört viel Mut dazu, den Konsumenten die Gründe der hier teils höheren Preise als im Ausland zu

erklären. Alles, was zum besseren Lebensstandard führt, schlägt sich in höheren Preisen nieder. Es ist nicht zu übersehen:

Der selbst erarbeitete hohe Lebensstandard ist für die Hochpreisinsel verantwortlich. Es tönt daher wie ein Märchen, die Hochpreisinsel Schweiz schleifen zu wollen, aber gleichzeitig den hohen Lebensstandard zu loben und noch weiter auszubauen. In Preisen ist viel mehr enthalten, als der Konsument ahnt. Denn nebst höheren Löhnen und Gehältern belasten Versicherungen, Vorsorge, Betriebskosten, Abgaben, verschiedene Steuern, Normen und Vorschriften die Preise.

Will der Konsument tiefere Preise, müsste vieles zurückgestutzt werden. Denn Wettbewerb alleine macht noch keine tieferen Preise. Die Ansprüche an die Gemeinden, an den Staat und den Bund müssten alleits abgebaut werden.

Die Steuern und Abgaben müssten gesenkt und die Normen und die Vorschriften auf das Mindestmass beschränkt werden. Um die Preise den Tiefpreisländern anzupassen, müssten Löhne und Gehälter und die Arbeitsplätze dem Ausland angepasst werden. Auch Versicherungen und Personalvorsorge kämen unter die Räder. Was ist vom Wettbewerb zu halten?

Wettbewerb und offene Märkte führen nicht immer zu tieferen Preisen. Ungezügelter Wettbewerb führt auch zu total unsozialen Verhältnissen. Zum Beispiel in der Landwirtschaft sind tiefere Preise nur möglich, weil lange Tagesarbeitszeiten und sehr billige Arbeitskräfte

die Regel sind. Die Landwirtschaft ist daher die allerschlechtesten Referenz zu Preisvergleichen und Wettbewerbsfragen.

Verschiedene Reformansätze zeigten schon mehrmals, wer Reformvorschläge macht, um Ausgaben und damit Preise zurückzuführen, wird aus vielen Stellungen scharf beschossen. Es mag ironisch klingen, die Parteien stehen mit dem Parteienwettbewerb in Reformvorhaben sich selber im Wege.

Max Matt
Altstätten SG

Leuthard verblüfft mit Unwahrheit

Doris Leuthard zu Gast bei den Zentralschweizer Bauern, «Schweizer Bauer» vom 23.9.2008.

«Politiker sind diejenigen Menschen, die wir wählen und bezahlen, damit sie unsere Lebensbedingungen verschlechtern.» Anlässlich des Auftritts unserer Bundesrätin in Hergiswil verblüffte sie viel eher mit Unwahrheiten. Die Agrarpolitik des Bundes sei ohne Wenn und Aber zu akzeptieren, denn «dafür bezahlen wir euch ja schliesslich».

Wer bezahlt eigentlich wen? Unsere Parlamentarier sind vom Volk bezahlt, damit sie unsere Steuergelder nach demokratischen Regeln einsetzen, nicht, um die Ernährungssouveränität ganzer Völker aufs Spiel zu setzen (s. auch Interview mit Botschafter Ujal Singh Bhatia in der gleichen Nummer.)

Die verrückten Gedächtnisse, vor allem mächtiger Leute, geben schwer zu denken!

Donata Clopät
Donat GR

Leserbriefe werden im «Schweizer Bauer» gerne veröffentlicht. Die Redaktion behält sich nebst der Kürzung eine allfällige Auswahl vor. Es wird keine Korrespondenz geführt.

Redaktion «Schweizer Bauer»
Leserbriefe, PF 8135, 3001 Bern
Fax: 051 330 33 95
Mail: leserbriefe@schweizerbauer.ch

LESERBRIEF

«Herr Bötsch, es ist fünf vor zwölf!»

Leserbrief zum Interview mit Manfred Bötsch im SB vom Samstag 4.10.2008.

In seinem Interview im «Schweizer Bauer» versucht der Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW), Manfred Bötsch, sich aus der Verantwortung für das Chaos am Milchmarkt herauszustehlen. Er redet Unsinn, wenn er sagt, die Ausstiegsorganisationen hätten Menge und Preis selber in die Hand genommen, ihnen hätte der Staat nichts mehr zu sagen. Kein Produzent kann auch nur einen Liter mehr an Verkehrsmilch verkaufen, als es sein Lieferrecht oder seine Mengengrenzen erlauben. Beides steht noch bis 2009 unter der Obhut des Staates.

Somit ist der Staat oder eben das BLW verantwortlich für die Einhaltung und die Umsetzung der Gesetze und Verordnungen. Eine allerletzte Aufgabe sieht Herr Bötsch darin, dass die von einer grossen Mehrheit der Milchproduzenten gewünschte abgestufte Selbsthilfeabgabe auf Milchmengen vom BLW verhindert wird. Und dies, obwohl der Gesetzgeber für eine solche Lösung genügend Spielraum offenlässt. Warum schickt er denn die Hälfte seiner Leute in der Abteilung Landwirtschaft nicht nach Hause, weil diese überflüssig sind?

Das BLW hat die Aufgabe, die Gesuche um Mehrmenge zu prüfen, ob diese den vorgegebenen Kriterien entsprechen. Und diese Vorgaben sind eindeutig und in den Verordnungen glas-



Wieviel Spielraum hat das BLW bei Mehrmengen? (Bild: smp)

klar geregelt! Da verwundert es einen schon, wenn das BLW bei unklaren Projekten die Menge um ¼ kürzt. Das wäre ja, wie wenn ein Natura-Beef die Bedingungen für Bio nicht ganz erfüllt und man deshalb nur ¾ davon in den Biokanal liefern könnte.

So wird in der Abteilung von Herrn Bötsch an den Vorgaben herumgewurstelt. Man wird den Eindruck nicht los, dass Herr Bötsch von der Milchindustrie und den Wirtschaftsverbänden gesteuert wird und mit denen nur ein Ziel verfolgt: Der Milchpreis muss bis zum definitiven Ausstieg auf das europäische Niveau hinunter. Diese Zielgrösse wurde ja von den Herren Professoren und Direktoren schon vor rund 5 Jahren klar kommuniziert (der geneigte Leser erinnert sich: «Beim Aus-

stieg aus der Kontingentierung wird der Schweizer Milchpreis bei etwa 55 Rappen liegen!»).

In diesem Kontext hat das BLW schon einen grossen «Erfolg» zu verzeichnen. Der Butterberg ist gross, die Pulverlager voll. Beste Voraussetzungen also, um den Milchpreis neu zu verhandeln. Man versteht auch, wie er sich den Milchmarkt im nächsten Jahr vorstellt. Keine Lieferrechte, keine gestaffelte Abgabe in den Interventionsfonds, kein gemeinsames und koordiniertes Mitspracherecht der Basis, jeder melkt drauflos, was das Zeug hält. Also sind alle diejenigen, welche noch ein Lieferrecht oder Kontingent gekauft haben, die Dummen? Auch die öffentliche Hand wie der Kanton Graubünden, welcher Kontingentskäufe mit 30 Rappen pro Liter subventio-

niert hat? Die Gewinner nach Bötsch sind also all jene, welche einen Dummen gefunden haben, welcher ihnen das Kontingent noch versilbert hat. Wenn Herr Bötsch in einer gestaffelten Abgabe keinen Sinn sieht, muss er öffentlich folgende Fragen beantworten: Ist es sinnvoll, wenn einige ohne jede Rücksicht am Markt vorbei Milch drauflosproduzieren, und alle andern, welche sich marktkonform verhalten haben, nachher unter einem in den Keller gerissenen Milchpreis leiden?

Ist es sinnvoll, dass die Schweizer Milchproduzenten Überschüsse produzieren, die nur zum Ziel haben, Verarbeitungskapazitäten auszulasten, Margen der nachgelagerten Betriebe zu generieren und zum Schluss auf vollen Weltmärkten, zulasten der Produzenten im Ausland, entsorgt werden müssen?

Ist das die Zukunft der Schweizer Milchwirtschaft? Ist das nicht ein Auslöser von endlosen Streitereien unter den Produzenten? Oder sind diese gar vom BLW erwünscht?

Herr Bötsch, es ist fünf vor zwölf! Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung, und helfen Sie endlich konstruktiv mit, dass die Schweizer Milchwirtschaft nicht im Sumpf endet, sondern auf einem guten Weg weiterkommt!

Martin Haab, Karl Häcki,
Werner Locher
BIG-M

PRESSESCHAU I

Schweizweit gegen Gentech

Mit einer schweizweiten Säkktion wollten Bauern und Konsumenten am vergangenen Samstag, für eine Verlängerung des Gentechmatoriums in der

Basler Zeitung

Landwirtschaft plädieren, so die «Basler Zeitung». Siebzig Kinder und Erwachsene säten bei der Familie Schürch in Neuhof auf einem Acker von Hand Winterweizen. «Wir wollen selber bestimmen, was wir in Zukunft essen», so der Pächter Christian Schürch. Mit dieser Aktion sollte neben der politischen Botschaft einer gentechfreien Zukunft, auch die Konsumenten-Produzenten-Beziehung gestärkt werden. Auch der Basler Bauernverband unterstützte die Kampagne mit der Begründung, dass innerhalb der kleinräumigen Schweiz eine «getrennte» Nahrungsmittelproduktion, d.h. eine Trennung von gentechfreien und gentechnisch veränderten Pflanzen, kaum möglich wäre. *ben*

PRESSESCHAU II

Der Biber, des einen Freud...

Im bernischen Riedwil treibt ein Biber sein «Unwesen», zumindest nach Ansicht der Bauern. Der Biberdamm oberhalb der Oenz scheidet die Geister,

BERNER ZEITUNG BZ

bzw. spaltet das Dorf. Insbesondere Spaziergänger und Biberfreunde freuen sich über den Anblick des Wunderwerks, so die «Berner Zeitung». Weniger erfreut sind die Bauern Hanspeter Aebi und Ueli Käser, da der gefräßige Nager Weizen, Mais und Zuckerrüben klaue, der Damm bei Hochwasser das Kulturland gefährden könnte sowie die Gefahr von verstopften Sickerleitungen bestehe. Auch wird befürchtet, dass die Maschinen bei der Bearbeitung der Böden einsinken könnten aufgrund der unterirdischen Biberbauten. Bevor sich jedoch die Bauern in Selbstjustiz üben, sollte das Jagdinspektorat eingeschaltet werden. In den letzten 15 Jahren wurde der Biber vielerorts wieder heimisch. *ben*

REKLAME

Schneller Lieferservice für zertifiziertes Saatgetreide!

Lagerhaus Lohn
Maison Virchaux
www.lagerlohn.ch

032 677 50 10